

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.



Faszination Sport

Erlebnisreiches Gemeindefest Gamprin/Bendern

In der heutigen Welt, welche geprägt ist von Hektik, Nervosität und Wohlstand, gewinnt der Sport an Bedeutung und Zugkraft. Insbesondere der Breitensport mit seiner Vielfalt und Faszination, hat in vielen Gemeinden Platz gegriffen. So betrachtet gehören die jährlich wiederkehrenden und teils schon traditionellen Gemeindefestspiele zu den gesellschaftlichen Höhepunkten in der dörflichen Gemeinschaft. Gamprin-Bendern ist bekannt dafür, diesen Tag als besonders würdig zu begehren. Alt und jung einzuladen und sich im sportlichen Wettstreit zu messen. Wir haben den Gampriner Sportfesttag im Innern der heutigen Ausgabe in Wort und Bild festgehalten. Unsere Aufnahme, welche im Rahmen des Sportfestes in Gamprin am vergangenen Wochenende entstand, zeigt Schüler beim Seilziehen.

Fragen des Sports

Erfolgreich verlaufene J+S-Vorsteher-Konferenz in Liechtenstein

Dienstag und Mittwoch dieser Woche war Liechtenstein Tagungsort der jährlichen Sommer-Vorsteher-Konferenz von Jugend und Sport (J+S), an welcher über 70 Personen aus den Führungsgremien des Schweizer Sports, darunter alle Vorsteher der kantonalen J+S-Amter und der ETS Magglingen teilnahmen. Am Dienstag waren die hohen Sportfunktionäre aus unserem befreundeten Nachbarland Gäste der Fürstlichen Regierung, welche im Hotel Real ein Nachtessen gab.

Gestern Mittwoch begannen dazu die Arbeitsgespräche im Gemeindezentrum Triesenberg, wobei insbesondere Fragen im Zusammenhang mit Jugend und Sport in beiden Ländern standen. Wir werden in unserer Wochenendausgabe von dieser Tagung ein ausführliches Kommuniké, das bereits angekündigt worden ist, veröffentlichen. Unsere Aufnahme zeigt die

Betreuungszentrum Triesen: der Kompromiss

Dr. Dieter Walch (FBP): «Dringende Empfehlung der Volksvertretung»

Landtagsvizepräsident Armin Meier (FBP) und Fraktionssprecher Josef Biedermann (FBP) verhinderten mit ihren Voten in der Landtagssitzung vom 8. Juni, dass der Verpflichtungskredit des Landes für den Bau des Betreuungszentrums Triesen ohne jede konzeptionelle Basis bewilligt worden ist. Auszüge aus dem Votum des Landtagsvizepräsidenten bringen wir auf Seite 3 der heutigen Ausgabe. Wie im VOLKSBLATT vom vergangenen Wochenende berichtet, wurde eine mehrheitliche Ablehnung des FBP-Vorschlags um drei Wochen nur dank einem Kompromissvorschlag des Abgeordneten Dr. Dieter Walch (FBP) verhindert. Dr. Walch griff die Bedenken Armin Meiers in bezug auf das fehlende, fachliche Konzept auf und stellte den Antrag, die Regierung möge bis im Herbst die aufgeworfenen Fragen beantworten.

Diese Kompromissformel fand dann

die einhellige Zustimmung des Hauses, so dass sich eine Abstimmung über den eigentlichen Regierungsantrag erübrigte. Hier die wichtigsten Punkte des Kompromissvorschlags aus den Reihen der FBP-Fraktion, wie sie von Dr. Walch im Landtag vorgetragen wurden:

● der Regierung sollte die Empfehlung mitgegeben werden, baldmöglichst ein umfassendes Konzept über die Führung des heutigen und des zukünftigen Pflegeheimes vorzulegen und es sollte vor allem auch das Fürsorgeamt zu einer vermehrten Mitarbeit in fachlicher Hinsicht angehalten werden;

– meine kritischen Anmerkungen verfolgen nicht das Ziel, Zweifel in die Lauterkeit der Bemühungen um eine bestmögliche Versorgung unserer Patienten zu sä-

en: weder in bezug auf die sehr engagierte Leitung des St.-Martin-Heimes in Eschen, noch in bezug auf die politisch verantwortlichen Instanzen;

– gerade weil es sich um eine so wichtige, weittragende und letzten Endes auch kostspielige Angelegenheit handelt, die wir hier beschließen, würde ich es sehr begrüßen, wenn der Kreditantrag Einhelligkeit finden könnte.

● ebenso aber möchte ich die Regierung ernsthaft und mit Nachdruck ersuchen, die von mir dargelegten Anregungen, die ich aufgrund eigener Erfahrungen und in Gesprächen mit Betroffenen von beiden Seiten gemacht habe, im Sinne einer dringenden Empfehlung aus der Volksvertretung zur Kenntnis zu nehmen.

Stipendien: Forderung nach Grosszügigkeit und mehr Information

Aus der Landtagsdebatte über die Teuerungsanpassung der staatlichen Ausbildungsbeihilfen (Erste Lesung)

Anlässlich seiner Sitzung vom vergangenen 8. Juni befasste sich der Landtag u. a. auch mit einer Abänderung des Gesetzes über die staatlichen Ausbildungsbeihilfen (siehe VOLKSBLATT vom 14. Juni). Neben den Ungerechtigkeiten, die dem Stipendienwesen in unserem Land aufgrund der Berechnungsgrundlage anhand des versteuerbaren Einkommens auch weiterhin innewohnen, kamen auch eine Reihe weiterer grundlegender Fragen im Zusammenhang mit den staatlichen Ausbildungsbeihilfen zur Sprache.

Der Abgeordnete Beat Marxer (FBP) sprach sich mit Überzeugung für die geplante Teuerungsanpassung um 12 Prozent aus. Seiner Meinung nach sind insbesondere die unteren und mittleren Einkommensschichten durch die eingetretene Teuerung benachteiligt. Und zwar insbesondere Arbeitnehmer aus jenen Wirtschaftsbereichen, die in den letzten Jahren keinen vollen Teuerungsausgleich mehr erhielten. Damit haben sich nicht nur die Stipendienleistungen sondern auch die nötigen Eigenmittel wertmässig verringert.

Bessere Aufschlüsselung erwünscht

Beat Marxer sprach sich zudem für eine bessere Aufschlüsselung der mehr als 600 Stipendienempfänger des vergangenen Jahres nach Ausbildungsarten aus. Insbesondere wollte er von der Regierung erfahren, wie sich die Liste der Stipendienempfänger nach Studierenden an Hochschulen und nach Weiterbildungswilligen in Handwerksberufen aufteile. Noldi Frommelt (FBP) unterstützte diesen Wunsch und präziserte, dass dadurch die Voraussetzung gegeben wäre, gezielter zu informieren um damit insbesondere die in Ausbildung befindlichen Jugendlichen der manuellen Berufe auf die Möglichkeit, staatliche Ausbildungsbeihilfen zu beantragen, besser aufmerksam zu machen.

Sehr zurückhaltender Antrag

Nach Meinung von Hermann Hassler

(VU) ist der Regierungsantrag «auf Erhöhung der Einkommensgrenzen, nach welchen die Anspruchsberechtigung festgesetzt wird... im Umfang von 12 Prozent sehr zurückhaltend. Damit ist die seit der letzten Gesetzesrevision von 1980 angefallene Teuerung nur nahezu voll ausgeglichen. Ausserdem möchte die Regierung davon absehen, die anerkannten Ausbildungskosten ebenfalls der Teuerung anzupassen.» – Hermann Hassler weiter wörtlich: «Angesichts der gegenwärtig nicht so rosigen Lage der Wirtschaft und der uneinheitlichen Tendenz derselben bezüglich der Anpassung der Löhne an die Teuerung ist die Zurückhaltung der Regierung verständlich und vom Standpunkt des guten Beispiels des sparsamen Staates auch vertretbar.»

Gewisse Arbeitnehmer doppelt bestraft

«Trotzdem erlaube ich mir, die Frage aufzuwerfen, ob die teilweise eingeschränkte Anpassung der Ausbildungsbeihilfen nicht verschiedene Arbeitnehmer, die den Teuerungsausgleich auf ihren Lohn ebenfalls nur beschränkt zuerkannt erhielten, nicht doppelt bestraft.»

«Ich spreche dafür, die Ausbildungsbeihilfen dann sofort wieder anzupassen, wenn – hoffentlich trifft dies bald zu – die Aussichten der Wirtschaft wieder günstiger sind. Dabei müsste man auch den jetzigen Rückstand unbedingt wettmachen.»

Energiegewinnung aus der Erdwärme

Ein Postulat aus den Reihen der VU-Landtagsfraktion

Der VU-Ersatzabgeordnete Elias Nigg, der in der Landtagssitzung vom 8. Juni scharfe Kritik am LKW-Verwaltungsrat wegen der überhöhten Tarife für elektrische Wärmepumpen geübt hatte (siehe VOLKSBLATT vom 10./11. Juni), ist mitunterzeichner eines Postulates aus der VU-Fraktion, welches die Regierung auffordert, die Möglichkeiten der vermehrten Energiegewinnung aus der Erdwärme zu prüfen.

Das Postulat, welches ebenfalls am 8. Juni eingereicht wurde und auf der Tagesordnung der Landtagssitzung vom 29. Juni steht, hat folgenden Wortlaut:

«Die Regierung wird eingeladen, mittels neutraler Begutachtung zu prüfen, ob mittels dezentralen Blockheizkraftwerken, im Sinne von Kraft-Wärme-Kopplung – auch mit der Nutzung der geothermischen Energie – eine weitere und zukunftsorientierte Variante für die Stromversorgung zum Rheinkraftprojekt sich bietet.»

Die Grundlagen zur Entscheidungsfindung zum Bau der Rheinkraftwerke wären unvollständig, würde nicht der vorangeschrittenen Technologie mit der Nutzung von geothermischer Energie entsprechende Beachtung geschenkt. Die derzeitige Phase um die Diskussion der Rheinkraftwerke zeigt deutlich, dass man erst in der Problemerkennung bzw. Erfassung steht und somit über Hochwasserschutz, Grundwasserhaushalt, Landschaftsschutz, Wirtschaftlichkeit, Unabhängigkeit etc. noch alle Fragen offen sind.

Die Postulanten wollen vermeiden, dass volkswirtschaftliche bedeutende Entscheidungen für die Zukunft nicht mit unvollständigen Entscheidungsgrundlagen getroffen werden müssen. Entscheidungsgrundlagen müssen in ihrer Vollständigkeit weitere Technologien des umweltfreundlichen Bereiches berücksichtigen. Dies ist auch im Sinne des Antrages der Energiekommission, welche Entscheidungsgrundlagen für die liechtensteinische Energiepolitik erarbeitete.

Liechtensteinische Musikschule Vaduz

Aus Anlass ihres 20jährigen Bestehens veranstaltet die Liechtensteinische Musikschule am Samstag, den 18. Juni 1983 von 15 bis ca. 17 Uhr auf verschiedenen Plätzen in Vaduz ein öffentliches Singen und Musizieren.

Sing- und Spielgruppen der verschiedenen Altersgruppen und aus mehreren Gemeinden werden abwechselnd beim Rathaus, auf dem Marktplatz und im Oberdorf ihre Darbietungen präsentieren. Kinderlieder, fröhliche Instrumentalmusik bekannter Komponisten, Volksmusik, moderne Unterhaltungsmusik und Chorgesang werden sich in bunter Abwechslung folgen. Um ca. 16.30 Uhr wird auf dem Marktplatz ein offenes Singen durchgeführt, bei dem allen die Gelegenheit geboten wird, nicht nur zuzuhören, sondern zusammen mit dem Schulchor (Leitung: Istvan Lork) bekannte Volkslieder zu singen. Die Musikschule lädt jung und alt zu diesem Sing- und Musizernachmittag ein und ermuntert alle, aktiv mitzumachen.

Neuregelung

Kontrollfrist der Niederlassungsbewilligungen

Der Ausländerausweis für Niedergelassene wird aufgrund eines Regierungsbeschlusses künftig zur Kontrolle für eine Laufzeit von höchstens drei Jahren ausgestellt. Der Niedergelassene muss seinen Ausländerausweis mit dem Verlängerungsgesuch und dem gültigen heimatischen Reisepass zwei Wochen vor Ende der Laufzeit der Fremdenpolizei zur Verlängerung vorlegen. Die Neuregelung tritt am 1. Juli 1983 in Kraft.

Frontal-Zusammenstoss

Grosser Sachschaden bei Unfall in Balzers

(p.) – Am 14. Juni 1983 fuhr um 17.20 Uhr ein liechtensteinischer Personenwagenlenker auf der Hauptstrasse aus Richtung Trübbach kommend über die Westkreuzung in Balzers. Gleichzeitig fuhr eine liechtensteinische Personenwagenlenkerin vom Schlossweg auf die Hauptstrasse ein, übersah den auf der Hauptstrasse herannahenden Personenwagen und prallte frontal gegen die vordere rechte Karosserie dieses Fahrzeuges, wobei an beiden Fahrzeugen grosser Sachschaden entstand.

Fussball-Transfers

Neues aus der Gerüchteküche

Lesen Sie unseren aktuellen Sportteil. Heute mit den neuesten Informationen vom Transfermarkt. Viele Entscheidungen über geplante oder vermutete Clubwechsel werden demnächst fallen müssen. Denn am 5. Juli ist Transferabschluss und bis dahin werden wir – wie immer – versuchen den dichten Mantel des Schweigens, der über diesen Transfergeschäften liegt, etwas zu lüften und für die Fussballfreunde hinter die Kulisse zu schauen.

